

her mit dem juz!

Beteiligt euch an der Demonstration in Bensheim am 19.03.

Alles für Alle!

Mitte Juni letzten Jahres haben wir ein Haus in der Rheinstraße in Bensheim besetzt. Wir wurden bereits in der Nacht geräumt. Gegen die rund 50 Besetzer_innen wurden Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gestellt, von denen einige immer noch nicht eingestellt wurden. Das Ziel unserer Besetzung war es leerstehenden Raum anzueignen und in diesem ein Jugend- und Kulturzentrum auf selbstverwalteter Basis zu organisieren.

Der Weg der Besetzung war für uns die einzig mögliche Option, um zu zeigen, dass es uns um mehr als die Kritik an der Jugendpolitik der Stadt Bensheim geht, sondern dass wir die Tatsache problematisieren wollen, dass Jugendliche ihre Freizeit – wie alles andere auch in unserer Gesellschaft – konsumieren müssen. Wir verstehen unsere Aktionsform als Aufruf zur Selbstermächtigung und Selbstorganisation. Wir fordern nicht nur ein Jugend- und Kulturzentrum im klassischen Sinne, sondern einen Freiraum, in dem alle Jugendlichen mitgestalten und -bestimmen können.

Es muss um's Ganze gehen

Doch im Kapitalismus ist ein Freiraum – wie alles andere auch – eine Ware, produziert mit der Absicht der Profitmaximierung und nicht, um menschliche Bedürfnisse ihrer selbst willen zu befriedigen. Obwohl die Nachfrage danach besteht, werden diese Debatten umgangen, da kein realistischer Ausblick besteht damit einen Gewinn – im ökonomischen Sinne – zu erzielen.

Der Fakt, dass die Dinge nur mit der Absicht produziert werden einen Mehrwert zu erhalten, steht dem Versuch allen Menschen ein schönes Leben zu ermöglichen und eine Nutzung des gesellschaftlichen Reichtums nach rationalen Kriterien durchzusetzen, grundsätzlich im Wege. An dieser Stelle wird deutlich, dass wir keine einmalige »Umverteilung« innerhalb der Gesellschaft und keine oberflächlichen Reformen fordern, sondern die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsform als Ganzes und eine bedingungslose Reflektion und Neustrukturierung des sozialen Zusammenlebens.

Zum Überwinden der kapitalistischen Gesellschaft reicht es nicht aus, wenn man nur die Ergebnisse ihrer Produktion aneignet, man muss die Struktur ausmachen und überwinden, die ausschlaggebend ist für den Kapitalismus und damit auch für das Elend eines Großteils der Weltbevölkerung.

Diese beginnt damit, dass die meisten Menschen nicht die Mittel haben, um sich selbst zu ernähren, beziehungsweise sich selbst zu reproduzieren. Sie sind also gezwungen das einzige auf dem Markt zu veräußern, worüber sie noch die Verfügungsgewalt besitzen, nämlich die potenzielle Leistung, die sie in ihrer Lebenszeit erbringen können. Dadurch wird suggeriert, dass alle Menschen frei sind, jedoch gleichzeitig sichergestellt, dass jede_r sich in Konkurrenz mit allen anderen Menschen auf dem Arbeitsmarkt feilbieten muss, will er_sie überleben.

Diese Ordnung der Dinge verkehrt die Zustände so, dass die Menschen einem Zwang unterworfen werden, der ihr Leben bestimmt, während sich das Kapital, als menschengemachte Abstraktion zum Selbstzweck erhebt. Die Tatsache, dass wir gewöhnt sind in diesem Kreislauf der ständigen Verwertung zu leben, verkehrt unsere Sicht der Dinge, sodass wir diesen Zustand als völlig »natürlich«, heißt »alternativlos«, wahrnehmen und so keinen Anstoß an den vermeintlich offensichtlichen Widersprüchen nehmen.

Diese beginnen nur damit, dass nur ein kleiner konkurrierender Teil der Menschheit die Produktionsmittel verwaltet. Deswegen geschieht die Verwaltung der Ressourcen und des erzeugten Wohlstandes nicht unter Partizipation aller und geschweige denn mit der Absicht allen ein gutes Leben zu ermöglichen. Während der Großteil der Menschen in völliger Armut lebt, muss der Rest in Form von Lohnarbeit den gesellschaftlichen Reichtum herstellen, den sie aber nur minimal nutzen kann. Deshalb müssen zur Überwindung der kapitalistischen Zustände auch diese Prozesse zwingend aufgelöst werden und die Produktion unter Beteiligung aller und der Einbeziehung ihrer Bedürfnisse organisiert und praktiziert werden.

Häuser besetzen? Sowieso!

Die Hausbesetzung war nur ein erster Schritt unsere Kritik zu formulieren. Wir wissen, dass ein Freiraum sich niemals von den gesellschaftlichen Zwängen des Kapitalismus lösen kann, trotzdem haben wir uns für diese Form der Praxis entschieden, um auf die Widersprüche zwischen dem was – durch die Aneignung und Nutzung leerstehender Häuser – theoretisch möglich wäre und der gesellschaftlichen Realität, hinzuweisen. Dass für die über 10000 Jugendlichen in Bensheim kein geeignetes Jugendzentrum existiert, ist ebenso eine Tatsache wie, dass es leerstehende Objekte gibt, die nutzbar wären.

Die Besetzung der ehemaligen Militärkaserne war sinnvoll, um die »Jugendzentrumsdiskussion« wieder in die Öffentlichkeit zu rücken. Darüber hinaus war es auch ein Beleg für unsere Bereitschaft nicht nur zu fordern und an die Politik zu appellieren, sondern auch direkt Anzueignen, denn dies ist die einzig richtige Schlussfolgerung aus unserer gesellschaftlichen Analyse.

Der angeeignete Raum soll nicht nur praktische Abhilfe schaffen, indem Menschen ein Platz geboten wird, wo sie ihre Zeit verbringen können, ohne Geld ausgeben zu müssen, Parties und Konzerte, sowie Vorträge ausrichten können, sondern auch die Möglichkeit, sich selber zu organisieren und Ansätze zu formulieren, die über die herrschenden Verhältnisse hinausweisen. Beispielsweise sollen die Menschen, die sich in diesem Raum aufhalten, nicht aufgrund ihres Aussehens oder ihrer sexuellen Orientierung bewertet werden, so wie es leider in unserer Gesellschaft Normalität ist.

Jedoch ist es wichtig den Begriff des »Freiraums« nicht zu verklären, denn dieser kann zwar über die herrschenden Verhältnisse hinausgehen, sich aber trotzdem nicht gänzlich von den bestehenden Einflüssen der Gesellschaft lösen. Auch hier finden sich Unterdrückungsmechanismen, Hierarchien und die allseits vorherrschende Verwertungslogik.

Mit Hausbesetzungen allein können die Verhältnisse nicht grundlegend geändert werden. Dennoch haben wir uns für diese Praxis entschieden. Nicht etwa, weil sie für sich genommen zur Überwindung des Kapitalismus hinreichen würde, sondern weil wir denken, dass sich am Beispiel des Jugend- und Kulturzentrums der Widerspruch zwischen dem was – durch die Nutzung der schon vorhandenen, leerstehenden Häuser – möglich wäre und der gesellschaftlichen Realität besonders deutlich aufzeigen lässt.

Staat und Polizei

Dass wir durch Stadt und Polizei aus dem Haus geworfen und Strafanzeigen gestellt wurden, liegt selbstverständlich an der Natur der Sache. Schließlich haben Stadt, Staat und Polizei die grundlegende Aufgabe, die bestehende Ordnung zu sichern, die Eigentumsverhältnisse aufrecht zu erhalten und einen möglichst reibungslosen Ablauf des kapitalistischen Wirtschaftens zu gewährleisten. Kommunale Verwaltungsorgane stehen darüber hinaus in Konkurrenz zu einander, um ihren jeweiligen Wirtschaftsstandort ausbauen zu können, dienen aber auch der Interessenvermittlung zwischen einzelnen Kapitalfraktionen und zur Schlichtung sozialer Konflikte. Diese Schlichtungsfunktion hat jedoch immer als oberstes Ziel die Konflikte in übliche – und damit sowohl kalkulierbare, als auch beeinflussbare – Formen bürgerlicher Partizipation zu pressen.

Darunter fallen dann beispielsweise die üblichen Vorgehensweisen bei Tarifverhandlungen, gewisse Formen der Bürgerbeteiligung an planerischen Prozessen oder Versuche, Interessen im Rahmen von Parteipolitik oder Volksentscheiden durchzusetzen. Diese Mittel sollen den sozialen Frieden wahren, um die Besitz- und Produktionsverhältnisse aufrecht zu erhalten. Sollten diese nicht ausreichen, wenn sich Proteste beispielsweise nicht integrieren lassen, muss der Normalzustand durch das staatliche Gewaltmonopol (in Form von polizeilicher Intervention) wiederhergestellt werden.

Der Staat, die Stadtverwaltungen und die Polizei stellen dabei niemals neutrale Vermittler dar, sondern müssen die Interessen des Kapitals verteidigen, da ihre eigene Existenz vom Funktionieren des kapitalistischen Wertungskreislaufs abhängt.

Ebenso ist die Politik in einer bürgerlichen Demokratie nicht nur als Ganzes an der Funktion des eigenen Wirtschaftsstandorts interessiert, sondern auch persönlich beziehungsweise als Partei am eigenen Machterhalt.

Es gibt also einen gewissen politischen Spielraum innerhalb der Sachzwänge des kapitalistischen Systems. Durch einen entsprechenden Druck können hier und da Reformen oder Zugeständnisse gegen die Kapital- und Standortinteressen erkämpft werden, seien es Arbeitszeitverkürzungen, mehr Rechte für Migrant_innen, der Atomausstieg oder eben ein selbstverwaltetes Zentrum.

Perspektive

Wir haben unsere Meinung seit der Besetzung nicht geändert, wir werden immernoch für einen selbstverwalteten Raum streiten. Darüber hinaus fordern wir die bedingungslose Einstellung aller Verfahren im Zusammenhang mit der Besetzung im Sommer 2010.

Wir beteiligen uns an der Demonstration des »JUKUZ e.V.« unter der Prämisse, dass es nicht nur reicht einen Freiraum zu fordern, sondern ihn auch direkt anzueignen. Notfalls auch unter Missachtung der bürgerlichen Gesetzgebung und ohne Kooperation durch die staatlichen Behörden.

Deswegen kommt zur Demonstration in Bensheim am 19.03.2011 – Treffpunkt ist um 16:00 Uhr auf dem Sparkassenvorplatz gegenüber des Bahnhofs.

Beteiligt euch am Jukuz Maraldo Block!

Für selbstverwaltete Freiräume und ein selbstbestimmtes Leben für alle!



Initiative Jukuz Maraldo im März 2011

jukuzmaraldo.blogspot.de

jukuzmaraldo@riseup.net